

**V3** Kein Bergbau zu Lasten der Natur – Bergrecht ändern, Rohstoffe verantwortungsvoll gewinnen, Bauwende voranbringen

Gremium: Landesversammlung

Beschlussdatum: 25.03.2023

Tagesordnungspunkt: 10. Weitere Anträge (V-Anträge)

## Antragstext

1 Der Protest gegen den Kiestagebau in der Laußnitzer Heide nördlich von  
2 Ottendorf-Okrilla rückt den Konflikt zwischen Rohstoffgewinnung und Naturschutz  
3 aktuell in den Blick. Auf Grundlage von seit Jahrzehnten bestehenden  
4 Abbaurechten erfolgt hier Kiesabbau. Das Abbaufeld Laußnitz 1 ist nun erschöpft  
5 und soll renaturiert werden. Das weitere Abbaufeld Würschnitz ist bereits  
6 genehmigt und wird schrittweise abgebaut. Im Planfeststellungsverfahren befindet  
7 sich das Abbaufeld Würschnitz-West. Naheliegende Moore sind durch den Kiesabbau  
8 gefährdet. Deren vollständiger Schutz muss nicht zuletzt aufgrund ihrer  
9 Klimarelevanz sichergestellt werden. Wir BÜNDNISGRÜNEN sprechen uns gegen einen  
10 Kiestagebau in Würschnitz-West aus, insofern dadurch die umgebenden Moore  
11 irreversibel geschädigt werden.

12  
13 Der NABU Sachsen und die Bürgerinitiative Contra Kiesabbau kämpfen seit vielen  
14 Jahren gegen den fortschreitenden Kiesabbau. Der Protest gegen den Kiestagebau  
15 in der Radeburger-Laußnitzer Heide, wie gegen andere Bergbauvorhaben, weist auf  
16 das naturzerstörende Potential von Rohstoffgewinnung hin. Wie andere  
17 Bergbauvorhaben erfolgt auch der Kiesabbau in Würschnitz auf Basis rechtlich  
18 verbindlicher Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die aktuell geltenden  
19 Rechtsgrundlagen zu akzeptieren bedeutet aber nicht, dass wir die getroffenen  
20 Entscheidungen für richtig halten. In unserem Rechtsstaat kann gerichtlich  
21 überprüft werden, ob die Entscheidung allen Anforderungen des Natur- und  
22 Umweltschutzes Rechnung tragen.

23  
24 Der Kampf gegen den Raubbau an der Natur und für einen verantwortungsvollen  
25 Umgang mit Rohstoffen prägt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen seit Beginn ihrer  
26 Gründung. Jahrzehntlang haben wir insbesondere gegen den Braunkohletagebau  
27 gekämpft und konnten gemeinsam mit vielen Initiativen und Bürger\*innen dessen  
28 verbindliches Ende erreichen. Wir unterstützen lokale Initiativen vor Ort und  
29 setzen uns zugleich für umfassende Verbesserungen wie eine Reform des  
30 Bundesberggesetzes, für einen verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen und  
31 eine Kreislaufwirtschaft ein, mit der der naturzerstörende Abbau von Rohstoffen  
32 überwunden werden kann.

33  
34 Bergrecht ändern- Zerstörung unersetzbarer Schutzgebiete verhindern

35  
36 Bergbau ist oft mit erheblichen Eingriffen in Natur, Landschaft  
37 und Biodiversität verbunden. Im Bundesberggesetz wurden 1982 die bis dahin  
38 geltenden landesgesetzlichen Vorgaben zusammengefasst und in ein  
39 bundeseinheitliches Regelungsregime überführt. Seitdem wurde es versäumt,  
40 umwelt- und naturschutzrechtliche Anforderungen angemessen zu integrieren.  
41 Ausnahme ist die Umweltverträglichkeitsprüfung, die europarechtlich angeordnet  
42 wurde. Der rechtliche Rahmen für den Bergbau muss dringend überprüft und auf der  
43 Höhe der Zeit weiterentwickelt werden. Nur wenn Natur und Landschaft Vorrang  
44 eingeräumt wird, können sie bei zukünftigen Abbauvorhaben wirksam geschützt  
45 werden.

46  
47 Analog zum Vorgehen anderer Ostbundesländer sollten Abbauvorhaben in Sachsen  
48 (auch Anträge auf Erweiterungen) entsprechend dem im Jahr 1996 beschlossenen  
49 Gesetz zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen genehmigt

50 werden. Damit würde der Abbau von Bodenschätzen wie Kies, Sand und Stein über  
51 Baurecht und Immissionsschutzrecht durch die Landkreise entschieden.  
52 Änderungen im Bundesbergrecht sind für einen wirksamen Schutz von Natur und  
53 Landschaft bei Abbauvorhaben notwendig. Die extrem langen Verträge, die  
54 Sonderregelungen für Ostdeutschland, die ungenügende Beachtung von Natur-,  
55 Umwelt- und Landschaftsschutz sind mit den Beschlüssen zum Klimaschutz in Bund  
56 und Land sowie der sich verschärfenden Klima- und Artenkrise nicht vereinbar.

57  
58 Als sächsische Bündnisgrüne fordern wir deshalb seit Jahren eine Reform des  
59 Bergrechts. Im sächsischen Koalitionsvertrag 2019 haben wir festgehalten, dass  
60 wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen. Der Koalitionsvertrag im Bund von 2021  
61 bekennt: „Wir wollen das Bundesbergrecht modernisieren.“

62 Für eine Bergrechtsreform ist die deutlich bessere Abwägung von Belangen des  
63 Natur-, Klima-, und Ressourcenschutzes gegenüber den Belangen der  
64 Rohstoffgewinnung genauso wichtig wie der endgültige Abschied von der  
65 Genehmigungsfähigkeit von neuen Abbaufeldern für Braunkohle und die  
66 obligatorische Einforderung von Sicherheitsleistungen für die  
67 Wiedernutzbarmachung und die Beweislastumkehr für Betroffene von Tagebau-  
68 Bergschäden.

69  
70 Um künftig Naturschutzbelange angemessen zu berücksichtigen, fordert der  
71 Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Koalitionsvertrag noch 2023 durch  
72 Prüfung und Änderung des Bundesbergrechtes zum Schutz und Erhalt von Natur und  
73 Landschaft insbesondere in folgenden Punkten umzusetzen:

- 74 - Umfassende Bergrechtsreform auf Bundesebene und Beendigung der Anwendung der  
75 Sonderregelung für Ostdeutschland durch Anwendung des seit 1996 geltenden  
76 Gesetzes zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen in jedem  
77 aktuell laufenden Genehmigungsverfahren (auch bzgl. Erweiterungen)
- 78 - Festlegung eines ausreichenden Mindestabstandes zu benachbarten Schutzgebieten
- 79 - konsequente Anwendung der Abgabepflichten nach Bundesbergbaugesetz, Einsatz  
80 der so gewonnenen Mittel zur Förderung der Substitutionswirtschaft und zum  
81 Recycling von Rohstoffen
- 82 - Festlegung der Zuständigkeit im Bergbau, Beteiligung an  
83 Planfeststellungsverfahren für die Wahrung der Rechte von Schutzgebieten mit  
84 landesweiter, nationaler oder europaweiter Bedeutung auch in Landesbehörden
- 85 - vor Ort frühzeitige Beteiligung der Umweltverbände und Träger öffentlicher  
86 Belange, die beide rechtlich gleichzustellen sind, so unter anderem durch  
87 Veröffentlichung der bergrechtlichen Zulassungsverfahren durch den  
88 Vorhabensträger und die öffentliche Auslegung der Rahmenbetriebspläne nach dem  
89 Bundesberggesetz vor deren Zulassung

90 Rohstoffe verantwortungsvoll gewinnen

91 Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat deutlich gemacht, wie  
92 verhängnisvoll die Abhängigkeit von Rohstoffen sein kann. Dies gilt insbesondere  
93 für die strategische Abhängigkeit von seltenen Erden und anderen Rohstoffen, für  
94 die wir derzeit auf den Import aus China und anderen nicht-demokratischen  
95 Staaten angewiesen sind. Das Ziel einer grundsätzlichen Rohstoff-Souveränität  
96 rückt auch den Abbau heimischer Rohstoffvorkommen in den Blick.

97 Es gilt überall dort, wo wir aus guten Gründen nicht auf den Abbau heimischer  
98 Rohstoffvorkommen verzichten können, die höchstmöglichen Umwelt-, Qualitäts- und  
99 Sozialstandards einzufordern. Rohstoffgewinnung in Sachsen darf nur nach dem  
100 neuesten Stand der Technik, unter Vermeidung von Schadstoffeinträgen, mit  
101 minimaler Flächeninanspruchnahme und ohne neue Abraum- und Abfallhalden  
102 erfolgen.

103 Kies ist ein notwendiger Rohstoff für verschiedenste Bauvorhaben und  
104 Infrastrukturmaßnahmen vom (sozialen) Wohnungsbau, über Rad- und Schienenwege  
105 bis hin zu Fundamenten von Windenergieanlagen. Eine kurzfristige Alternative zum  
106 Verzicht auf den Abbau heimischer Kiesvorkommen liegt im aufwendigen und  
107 klimapolitisch problematischen Langstreckentransport von Kies, der in weiter  
108 entfernten Förderstätten abgebaut und – mit negativen ökologischen  
109 Folgewirkungen und ohne regionale Wertschöpfung - über weitere Strecken  
110 transportiert wird.

111 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert folgende Punkte bei der  
112 Umsetzung von Bergbauvorhaben wie dem Kiestagebau Würschnitz umzusetzen:

113

114 - enge Beaufsichtigung von FFH-Verträglichkeitsprüfungen sowie Festlegung  
115 verbindlicher Grenzwerte und Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft bis  
116 hin zu Abbaustopp und Entzug der Abbaugenehmigung bei Nichteinhaltung des  
117 Betriebsplanes

118 - Regelmäßige unabhängige Kontrolle von Verfüllungen und Monitoring der  
119 Auswirkungen des Bergbaus auf Grundwasser und Schichtenwasser durch  
120 betriebsfremde Institutionen unter Hinzuziehung der Wasserbehörden

121 - Herstellung von Transparenz durch Veröffentlichung von Betriebsplänen  
122 einschließlich Sonderbetriebsplänen

123 - Entwicklung von Standards, die die Verwendung von CO<sub>2</sub>-emissionsfreier Förder-  
124 und Transporttechnik, die Minimierung der Flächeninanspruchnahme und die  
125 Vermeidung neuer Abraum- und Abfallhalden zum Ziel haben

126 - Verpflichtung auf biodiversitätsfördernde Maßnahmen über die gesamte  
127 Vorhabendauer (Planung, Abbautätigkeit, Wiedernutzbarmachung), um z.B.

128 Pionierstandorte und Pionierarten zu ermöglichen (Konzept „Natur auf Zeit“)

129 - Beauftragung von umfassenden Ausgleichsmaßnahmen zum ortsnahen Ersatz von  
130 Waldflächen mindestens 1:1

131 - Gewährleistung von Moorschutz- und -revitalisierung als Teil der nationalen

132 Moorschutzstrategie und des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz

133 - Prüfung der Auswirkungen des Bergbauvorhabens auf Natur und Umwelt durch einen  
134 Gutachter oder eine Gutachterin, die nicht vom Träger des Bergbauvorhabens  
135 beauftragt sein darf (Interessenkonflikt, Vermeidung von Gefälligkeitsgutachten)

136 -Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen, vor Beginn des Bergbauvorhabens

137 -Ausschluss eines vorzeitigen Maßnahme-Beginns

138 Bauwende voranbringen und Kreislaufwirtschaft stärken

139

140 Neben Energie- und Verkehrswende ist die Bauwende von essenzieller Bedeutung für  
141 einen wirksamen Klimaschutz. Mittel- und langfristig muss es darum gehen, den  
142 Abbau von Kies wie den Abbau aller Primärrohstoffe weitgehend zu reduzieren.

143 Umbau und Sanierung vor Abriss und Neubau kann dazu ebenso einen Beitrag leisten  
144 wie der Einsatz nachwachsender und kreislauffähiger Rohstoffe. Durch Recycling

145 von Baumaterial kann die Nachfrage nach Kies verringert und die Zerstörung  
146 unserer Naturräume dauerhaft reduziert werden. Ziel ist perspektivisch, alle für  
147 Baumaßnahmen notwendigen Rohstoffe im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft zu  
148 gewinnen und damit weitgehend auf den Abbau von Kiesen und anderen Baustoffen zu  
149 verzichten.

150  
151 Dieses Ziel wurde 2019 im Koalitionsvertrag zwischen CDU, Bündnis 90 / Die  
152 Grünen und SPD durchgesetzt und infolgedessen in der Neuen Sächsischen  
153 Rohstoffstrategie des Freistaats verankert. Die Umsetzung dieser Strategie, mit  
154 der Kiesabbau deutlich reduziert werden kann, muss nun gemeinsam mit der  
155 Bauwirtschaft erfolgen. Technologie- und Verfahrensentwicklung muss ebenso wie  
156 die Weiterentwicklung von Normen Hand in Hand mit einem effizienterem  
157 Rohstoffeinsatz gehen, wenn der einfache Ersatz von heimischen Rohstoffen durch  
158 aus aller Welt importierte Rohstoffe vermieden werden soll.

159  
160 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert deshalb die Umsetzung folgender  
161 Punkte:

162 -Erarbeitung einer Landesstrategie mit konkreten Maßnahmen für Recycling,  
163 Abfallvermeidung, Wiederverwendung sowie ressourcenschonender Prozesse beim  
164 Bauen und Vorlage bis Ende 2023

165 -Verankerung des Prinzips Umbau und Sanierung vor Abriss und Neubau im Hochbau  
166 des Freistaats

167 - Nutzung der vorhandenen rechtlichen Grundlagen, um Nachfrageanreize im Bereich  
168 des Baustoffrecyclings zu erhöhen, um die Deponierung mineralischer Abfälle  
169 konsequent zu reduzieren und Recyclingbaustoffe zu verwenden

170 - Unterstützung der Bauwirtschaft und der öffentlich-rechtlichen  
171 Entsorgungsträger bei der Einführung und Etablierung innovativer Maßnahmen,  
172 Technologien und Prozesse mit dem Ziel der Abfallvermeidung, des Recyclings und  
173 der Wiederverwertung und Darstellung der hierzu ergriffene bzw. geplante  
174 Maßnahmen

175 - Unterstützung der Verwendung kreislauffähiger und nachwachsender Baustoffe und  
176 Entwicklung entsprechender Standards im öffentlichen Hochbau

## Begründung

Mit dem öffentlichen Protest gegen den Kiestagebau in Würschnitz ist der Konflikt zwischen Rohstoffgewinnung und Naturschutz aktuell wieder in den Blick geraten. Neben dem bereits erschöpften und in der Renaturierung befindlichen Abbaufeld Laußnitz 1 und den bereits 1997 genehmigten und nun für den Abbau vorbereiteten Abbaufeld Würschnitz läuft aktuell das Planfeststellungsverfahren für den Tagebau Würschnitz-West und damit eine Erweiterung des Kiestagebaugesbietes. Für dieses Abbaugesbiet beauftragte der Nabu die Erstellung eines Gutachtens, das auf eine potentielle Gefährdung der naheliegenden Moore hinweist.

Wir engagieren uns als Grüne vor Ort, in der Landtagsfraktion und in Regierungsverantwortung für einen vollständigen Schutz der Moore. Als Landesverband sprechen uns klar gegen einen Kiestagebau in Würschnitz-West aus, mit dem die umgebenden Moore irreversibel geschädigt werden. Wir sind uns zugleich der gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen bewusst.<sup>1</sup> So kann auch ein neues Bergrecht voraussichtlich nichts anlaufenden Verfahren und bestehenden Genehmigungen in Würschnitz ändern. Dennoch setzen wir uns mit Nachdruck für Veränderungen im Bergrecht ein.

Der Konflikt um diesen Kiestagebau hat erneut die Fragen um Bergrecht im Spannungsfeld mit Naturschutz, einem verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen und Rohstoffgewinnung sowie Alternativen der Kreislaufwirtschaft aufgeworfen. Seit unserer Gründung kämpfen wir gegen den Raubbau an der Natur und für einen verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen.

Nachdem wir bereits 2009 im Bundestag mit unserem MdB Peter Hettlich für eine Novellierung des Bergrechts gekämpft haben, hat 2012 die LDK Leitlinien zur Rohstoff- und Wertstoffpolitik gefasst. Die Leitlinien bieten in weiten Teilen nach wie vor Orientierung für unser politisches Handeln.<sup>2</sup> 2022 haben wir mit einem erneuten LDK-Beschluss unsere Leitlinien für nachhaltiges Bauen abgesteckt.<sup>3</sup> Zudem haben wir die Einrichtung eines Holzbaukompetenzzentrums im Freistaat erreicht und setzen uns für weitere Schritte beim Einsatz nachwachsender<sup>4</sup> und recycelter<sup>5</sup> Rohstoffe ein.

Mit der Regierungsverantwortung in Freistaat und Bund haben sich Spielräume für eine verantwortungsvolle Wertstoffpolitik eröffnet. Im Bund steht eine Novellierung des Bergrechts an. Hierfür formulieren wir klare Anforderungen, um Natur- und Umweltschutz ein deutlich größeres Gewicht in den Genehmigungsverfahren zu geben. Die Koalition im Bund muss die Bergrechtsreform schnell und umfassend angehen. Mit unserer Regierungsbeteiligung konnten wir in der neuen Sächsischen Rohstoffstrategie einen nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen verankern, der sich nun in konkretes Handeln übersetzen muss.

<sup>6</sup> Die Rohstoffgewinnung muss unter höchsten Umwelt-, Qualitäts- und Sozialstandards erfolgen, deren Einhaltung unabhängig kontrolliert und falls notwendig sanktioniert wird. Um umfassende Ausgleichsmaßnahmen zu gewährleisten, sollten neue Wege wie eine Waldumwandlungsabgabe nach Brandenburger Vorbild beschränkt werden. Um die Notwendigkeit von Bergbauvorhaben zu reduzieren, setzen wir uns für eine umfassende Bauwende ein, eine Umbaukultur<sup>7</sup>, die auf nachwachsende Rohstoffe und das Recycling von Baustoffen setzt.

<sup>1</sup> Nähere Informationen zum Kiestagebau Würschnitz: <https://volkmar-zschocke.de/kiesabbau-im-heidebogen-fakten-statt-propaganda/>

<sup>2</sup> LDK-Beschlüsse zur Rohstoffpolitik

[https://gruene-sachsen.de/fileadmin/media/parteitage/2012-03\\_ldk\\_goerlitz/beschluesse/Beschluss\\_Wertstoffpolitik\\_LDK\\_2012\\_03.pdf](https://gruene-sachsen.de/fileadmin/media/parteitage/2012-03_ldk_goerlitz/beschluesse/Beschluss_Wertstoffpolitik_LDK_2012_03.pdf)

[https://gruene-sachsen.de/fileadmin/media/parteitage/2012-03\\_ldk\\_goerlitz/beschluesse/Beschluss\\_Bergbau\\_LDK\\_2012\\_03.pdf](https://gruene-sachsen.de/fileadmin/media/parteitage/2012-03_ldk_goerlitz/beschluesse/Beschluss_Bergbau_LDK_2012_03.pdf)

<sup>3</sup> LDK-Beschluss zu kreislauffähigem Bauen

[https://gruene-sachsen.de/fileadmin/media/parteitage/2022\\_05\\_Neukieritzsch/Beschluss\\_Vorbildlich\\_Nachhaltiges\\_Bauen\\_des\\_Freistaates\\_Sachsen\\_und\\_seiner\\_Gesellschaften.pdf](https://gruene-sachsen.de/fileadmin/media/parteitage/2022_05_Neukieritzsch/Beschluss_Vorbildlich_Nachhaltiges_Bauen_des_Freistaates_Sachsen_und_seiner_Gesellschaften.pdf)

<sup>4</sup> <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/macht-den-unterschied/foerderung-des-holzbaus-in-sachsen/>

Holzbaukompetenzzentrum: <https://hksachsen-gmbh.de>

<sup>5</sup><https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/macht-den-unterschied/kreislaufwirtschaft-statt-wegwerfgesellschaft/>

<sup>6</sup><https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/41292>

<sup>7</sup><https://www.bundesstiftung-baukultur.de/publikationen/mit-freude-sanieren>